

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Empfehlungen zur Transparenz und Demokratie (Entwurf D. Tsatsos/B. Donnelly/St. Pierre)

I. Vorbemerkung	17
II. Transparenz und Demokratie	18
1. Die institutionelle Bedeutung der Transparenz	18
a) Klärung des Begriffs Transparenz	18
b) Die rechtlichen (institutionellen) Grundlagen des Transparenzprinzips im Unionsrecht	19
2. Praktische Probleme der Umsetzung	20
3. Erste Entwürfe für Schlussfolgerungen	21
4. Erste Entwürfe für Empfehlungen	22
a) Transparenz des Rates	22
aa) Die Öffentlichkeit bestimmter Beratungen des Rates	22
bb) Mehr Basisinformation über Legislativdebatten des Rates	23
cc) Sinnvoller Zugang der Öffentlichkeit zu Ratsdokumenten	23
b) Die Transparenz der Kommission	24
aa) Zugang der Öffentlichkeit zu Kommissionsdokumenten	24
bb) Jährliches Legislativprogramm	24
cc) Ausschüsse für die Umsetzung von Gemeinschaftsrecht	25
c) Die Transparenz des Parlaments	25
d) Maßnahmen, die alle drei Gemeinschaftsorgane treffen sollten	25
aa) Zugang von Interessengruppen zu den Organen der Europäischen Union	26
bb) Allgemeiner Zugang von Unionsbürgern zu Entscheidungen der Gemeinschaft	26
III. Anlage	26
1. Chronologische Übersicht über die jüngsten Maßnahmen im Bereich der Transparenz	26
2. Entwurf eine(r,s) [gemeinsamen Erklärung/Briefwechsels/ interinstitutionellen Vereinbarung]	28

2. Teil: Die konstitutionelle Stellung der europäischen politischen Parteien (Bericht D. Tsatsos)

I. Vorbemerkung	31
II. EntschlieÙung zur konstitutionellen Stellung der europäischen politischen Parteien	32
III. Begründung	36
1. Die Herausforderung	36
2. Das Ziel	37
3. Die Inhalte des Verfassungsauftrags	39
a) Rechtfertigung der Inanspruchnahme von Statusrechten	39
aa) Äußerungen zu Themen der Europapolitik	40
bb) Notwendigkeit einer Organisationsstruktur	40
cc) Dauerhaftes Wirksamwerden in der Gesellschaft	40
dd) Transnationale Tätigkeit	41
b) Zwingende Anforderungen an die Organisationsstruktur	41
aa) Organisationsstatut und politisches Grundsatzprogramm	41
bb) Achtung der im Unionsvertrag verankerten verfassungsrechtlichen Grundprinzipien	42
cc) Ausgestaltung der Satzung	42
4. Notwendigkeit der Schaffung geeigneter rechtlicher Formen	44
a) Reaktion der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments	45
b) Vorschlag der griechischen Regierung	46
c) Das italienisch/österreichische Memorandum	46
d) Empfehlung des Institutionellen Ausschusses	47

3. Teil: EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Vertrag von Amsterdam (Bericht I. Mendez de Vigo/D. Tsatsos)

I. Vorbemerkung	49
II. EntschlieÙung zum Vertrag von Amsterdam	50
III. Begründung	59

1. Das Europäische Parlament, der Vertrag von Amsterdam und der Ausblick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union	59
a) Urteilsspflicht des Parlaments	59
b) Der politische und verfassungsrechtliche Prozess des Unionsvertrags	60
c) Vision einer europäischen institutionellen Ordnung	61
d) Kriterien der Beurteilung des Vertrags	61
2. Ziele der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft	65
a) Artikel 2 (ex B) des EU-Vertrags: Ziele der Union	65
b) Artikel 2 des EG-Vertrags: Grundsätze der Gemeinschaft	67
3. Freiheit, Sicherheit und Recht	67
a) Grundrechte und Nichtdiskriminierung	67
b) Schrittweiser Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	72
4. Die Union und die Bürger	77
a) Beschäftigung	77
b) Sozialpolitik	80
c) Umweltpolitik	83
d) Gesundheitswesen	85
e) Verbraucherschutz	86
f) Sonstige Bereiche der Gemeinschaftspolitik	86
g) Das Subsidiaritätsprinzip	90
h) Transparenz	93
i) Qualität der Gesetzgebung	95
5. Eine effiziente und kohärente Außenpolitik	96
6. Die Institutionen der Union	104
a) Das Europäische Parlament	104
b) Der Rat	110
aa) Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit (BQM)	111
bb) Neugewichtung der Stimmen im Rat	113
c) Die Kommission	114
aa) Benennung des Präsidenten	115
bb) Anzahl der Kommissionsmitglieder	115
cc) Andere institutionelle Fragen	116
d) Der Gerichtshof	116
e) Sonstige institutionelle Fragen	121
f) Rolle der nationalen Parlamente	123
7. Engere Zusammenarbeit – „Flexibilität“	125
a) Mögliche Formen engerer Zusammenarbeit	127
b) Mechanismen der Beschlussfassung	130

8. Vereinfachung und Konsolidierung der Verträge	132
9. Konsequenzen für das Europäische Parlament	134
a) Politische Begleitung der Diskussion in den Mitgliedstaaten	134
b) Mobilisierung des politischen Willens	135
c) Vorbereitung der nächsten Regierungskonferenz	136
aa) Zeitplan für die nächsten Reformschritte	136
bb) Methode der nächsten Vertragsrevision	137
 4. Teil: Der Vertrag von Nizza. Ein Appell an das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente (von D. Tsatsos)	
I. Vorbemerkung	141
II. Der Vertrag von Nizza. Ein Fehlschlag, der nur durch einen effizienten und konkretisierten Post-Nizza-Prozess korrigiert werden kann	142
1. Die Ergebnisse von Nizza	142
a) Politische Folgerungen	142
b) Beurteilungskriterien: Effizienz, Legitimität, Prinzip einer Union der Staaten und der Völker	143
c) Enttäuschte Hoffnungen im Hinblick auf institutionelle Reformen	144
d) Fortschritte im Hinblick auf die Erweiterung	145
2. Der Post-Nizza-Prozess	147
a) Setzung einer Perspektive	147
b) Scheitern des Vertrags von Nizza bedeutet Scheitern des Post-Nizza-Prozesses	148
c) Erfordernis eines konkreten Zeithorizonts	149
d) Erfordernis eines konstruktiven Dialogs	149
 5. Teil: Europäische Verfassung und Regierungskonferenz (Bericht J. M. Gil-Robles/D. Tsatsos)	
I. Vorbemerkung	151
II. Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa und die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Einberufung der Regierungskonferenz	153
III. Begründung	163

1. Der Weg zu einer europäischen Verfassung	163
2. Der Konvent zur Zukunft Europas	164
3. Bewertung des Entwurfs einer Verfassung	165
4. Einige spezifische Anmerkungen zu neuen Vorschriften	167
5. Die bevorstehende Regierungskonferenz	171
6. Über die Regierungskonferenz hinaus	171
IV. Anlage: Wichtigste Bereiche, in denen zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Rat übergegangen wird	172